

STABILISIERUNGSMÖGLICHKEITEN DES SÜDOSTEUROPÄISCHEN RAUMES NACH BEENDIGUNG DES KRIEGES IM KOSOVO AUS SLOWENISCHER PERSPEKTIVE

Vladimir Šaponja

Die Sicherheitslage in Südosteuropa wird in erster Linie von der Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) bestimmt. Die Lage im Kosovo ist nach wie vor eine unmittelbare regionale Bedrohung. Die Beziehungen zwischen der BRJ und Montenegro stellen ein Sicherheitsrisiko dar und hängen vor allem von der Entwicklung bzw. den Veränderungen in Serbien ab. Die Lage in Serbien beeinflusst entscheidend die Gesamtsicherheitslage in der Region und ist der Schlüssel zu ihrer langsamen Stabilisierung.

Ein weiterer sicherheitsmäßig bedeutender Raum ist Albanien, das auch nach Beendigung des Krieges im Kosovo ebenfalls instabil ist und nicht fähig ist, ohne internationale Hilfe auf eigenem Gebiet wirklich einen Staat zu bilden. Das Fehlen hochrangiger staatlicher Körperschaften, vor allem im Sicherheitsbereich, bedeutet ein Sicherheitsrisiko in der Region, da sich einige transnationale Gefahren für die Sicherheit (das organisierte Verbrechen, die unerlaubte Herstellung und der Handel mit Drogen, der illegale Waffenhandel) in die Region und insbesondere in das Kosovo ausweiten.

Die Lage im Kosovo kann noch immer die Sicherheitslage in Mazedonien negativ beeinflussen, die in diesem Sinne ein regionales Sicherheitsrisiko darstellt. Dabei seien vor allem die interethnischen Konflikte zwischen den mazedonischen Albanern und den Mazedoniern im Falle eventueller Autonomieansprüche der albanischen Volksgruppe erwähnt. Ein Erfolg der Kosovo-Albaner könnte sie dabei zu diesbezüglichen Bestrebungen ermuntern.

Obwohl die kosovarische Lage noch immer im Vordergrund steht, muß man sich unserer Meinung nach auf die Verhältnisse in der BRJ konzentrieren, da von diesen die weitere kurz-, mittel- und langfristige Regelung der Verhältnisse im Kosovo und in der gesamten Region abhängig ist. Wenn sich die Sicherheitsverhältnisse und Gemüter beruhigt haben werden und sich eine lokale demokratische Macht mit systematisierten Institutionen organisiert haben wird, wird der Übergang zur Realisierung der zweiten Phase notwendig sein. Dabei handelt es sich um Gespräche zwischen den jugoslawischen Bundesbehörden und den neugebildeten lokalen Behörden im Kosovo über den Status der Provinz im Zusammenhang mit dem Abkommen in Rambouillet, dessen Schicksal noch immer nicht klar ist. (Es wurde nur von den Albanern unterzeichnet.)

In diesem Sinne muß es unserer Meinung nach zur umgehenden Aufstellung und dem Einsatz internationaler Polizeikräfte kommen. Diese übernehmen die Sicherheitsaufgaben anstelle der Armee, deren Hauptaufgabe die Abhaltung der jugoslawischen Armee von einer eventuellen erneuten militärischen Intervention im Kosovo ist. Die Provinz wird man auch im Verwaltungsbereich organisieren müssen (Personalausweise, Staatsbürgerschaft, andere Verwaltungsangelegenheiten), da chaotische Verhältnisse herrschen. Man wird sich auch des Problems der serbischen und Roma-Flüchtlinge annehmen müssen, wobei es jedoch zu berücksichtigen gilt, daß ein Großteil der Flüchtlinge nicht an eine Rückkehr in die Provinz denkt und in Serbien bleiben wird. Man wird ihnen Unterkünfte und Arbeitsplätze sicherstellen müssen, wozu aber Serbien nach dem Krieg selbst nicht imstande sein wird. Die internationale Gemeinschaft wird dabei auf zahlreiche Hindernisse stoßen.

Die wichtigsten sind:

- die gegensätzlichen Interessen der Albaner und der internationalen Gemeinschaft sowie der BRJ;
- der langsame Ausbau lokaler Behörden und der Demokratie wegen kultureller, bildungsmäßiger, ethnischer und anderer Hindernisse;
- die politischen Verhältnisse in der BRJ, welche die Verhandlungen über den Status des Kosovo zwischen den Bundesbehörden und den Behörden des Kosovo blockieren werden.

Eine Interessenskollision zeichnet sich vor allem im folgenden ab:

- die internationale Gemeinschaft strebt ein multiethnisches Kosovo im Rahmen der BRJ als eine Verwaltungseinheit mit einem hohen Autonomiegrad an,
- die Kosovo-Albaner sind entschlossen, einen selbständigen Staat zu gründen, der nicht Teil der BRJ sein wird.

In diesem Kontext ist der albanische Druck auf die in der Provinz verbliebenen Serben zu sehen, mit dem Ziel, ihre Selbstaussiedelung zu bewegen und auf diesem Wege eine ethnisch "reines" Kosovo zu erreichen. Racheaktionen wegen Kriegsverbrechen sind nur einige der Ursachen. Das Wichtigste ist, ein ethnisch "reines" Kosovo zu schaffen, denn je ethnisch einheitlicher das Kosovo, umso gewichtiger sind die Argumente für die Abspaltung. Die internationale Gemeinschaft war der Meinung, mit der Präsenz der internationalen Friedenstruppe das multiethnische Kosovo zu wahren, was jedoch illusorisch ist. Die Angaben aus dem Kosovo bestätigen die Tatsache, daß die Friedenstruppe nicht jeden einzelnen Nicht-Albaner, wenn auch nur über einen kurzen Zeitraum hinweg, schützen kann, geschweige in ihnen ein Sicherheitsgefühl und das Vertrauen in ein Sicherheitssystem zu wecken, das zu 90% von den Albanern dominiert werden soll, die darüber hinaus noch UÇK-Angehörige waren. Die Tagesmeldungen aus dem Kosovo belegen die große interethnische Ungeduld und Feindschaft, die am stärksten in Kosovska Mitrovica zum Vorschein kommt. Der Rückkehrprozeß der Serben in die Provinz wird sich mindestens um ein Jahrzehnt verzögern, vergleichbar mit der Rückkehr der serbischen Flüchtlinge nach Kroatien. Es werden nur jene zurückkehren, die keine andere Alternative haben. Ein multiethnisches Kosovo ist schönen Wünschen um vieles näher als der Realität.

Andererseits läßt die BRJ bei den Kosovo-Serben nichts unversucht, sie im Kosovo zu halten, da sie sich gleich wie die internationale Gemeinschaft bewußt ist, daß dies eines der letzten Argumente ist, das Kosovo im Rahmen ihrer Grenzen zu halten. Ein multiethnisches Kosovo ist für die BRJ die am wenigsten erwünschte Variante. Eine viel bessere Variante wäre eine Kantonisierung, welche auch die lokale Selbstverwaltung oder einen kleinen Staat im Staat ermöglichen würde. Dieser würde mit seinem Bestehen neben den Garantien der internationalen Gemeinschaft die Abspaltungstendenzen blockieren.

Die internationale Gemeinschaft wird andererseits die größte Mühe und die größten Probleme mit der Beruhigung der Politik der Behörden des Kosovo bzw. ihres Radikalismus' haben. Sie wird sie zwingen müssen, auch die Bedingungen der internationalen Gemeinschaft zu akzeptieren.

Die transformierte UÇK entwickelt sich zum einzigen realen Verhandlungspartner und zur politischen Macht im Kosovo, die mit ihrer Politik die internationale Gemeinschaft in eine Lage manövriert, in der die internationale Gemeinschaft dem Kosovo zuerkennen wird, daß es de facto ein selbständiger Staat, de jure aber ein Teil der BRJ bleiben wird, analog dem Verhältnis Rußland-Tschetschenien. Dieser status quo wird lediglich durch die Präsenz der internationalen Friedenstruppe möglich sein, ein Garant dafür, daß beide Parteien ihre gegensätzlichen Interessen nicht mit militärischen Mitteln durchzusetzen versuchen können.

Die internationale Gemeinschaft ist somit zur lang andauernden Friedensvermittlerrolle verurteilt, die über Jahrzehnte eine friedliche Lösung ermöglichen wird.

Die internationale Gemeinschaft kann den Abspaltungsprozeß nur verzögern. Währenddessen kann sie jedoch die UÇK transformieren, eine demokratische Ordnung in der Provinz Kosovo organisieren und behördliche Institutionen einrichten. Nach den politischen Veränderungen in der BRJ, unter der Voraussetzung, daß es zur Bildung einer demokratischen Macht kommt, können Gespräche über den Status des Kosovo aufgenommen werden. Dabei kann aber mit hoher Gewißheit angenommen werden, daß die Albaner eine umgehende Volksabstimmung über die Abspaltung mit einer kürzestmöglichen Übergangszeit zur Selbständigkeit fordern werden. Die Antagonismen werden zunehmen, und ohne internationale Friedenstruppe wird der Friede nicht zu wahren sein. (Es zeichnet sich eine ähnliche Lage wie in Ost-Timor ab.) Die demokratischen Veränderungsprozesse in der BRJ werden sehr schleppend verlaufen.

Höchstwahrscheinlich wird man die kommenden Wahlen abwarten müssen, denn die gegenwärtige Opposition ist zu sehr zersplittert, um vor den Wahlen noch wirksam zu werden. Ohne eine neue Macht gibt es aber auch keinen richtigen Verhandlungspartner für die Schaffung neuer Beziehungen zwischen dem Kosovo und der Bundesgewalt.

Montenegro wird vermutlich die politischen Veränderungen in Serbien abwarten und mit der neuen demokratischeren Macht versuchen, ein Abkommen über neue gegenseitige Beziehungen zwischen den einzelnen föderalen Einheiten zu erreichen. Die gegenwärtigen Verhältnisse weisen darauf hin, daß Dukanović diesen Weg genommen hat. Die Gefahr, daß er den radikalen Befürwortern einer völligen Unabhängigkeit nachgeben müssen, vergrößert sich mit den schleppend vor sich gehenden Veränderungen in Serbien. Trotz allem sind wir der Meinung, daß Montenegro mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, die keine radikalen serbischen Übergriffe gegen Montenegro und keine radikalen montenegrinischen Schachzüge zulassen wird, trotzdem durchhalten wird.

Vladimir ŠAPONJA

Sicherheitspolitischer Berater

des slowenischen Verteidigungsministers im

Zentrum für Strategische Studien, Laibach